

St.Gallen, 28. Juni 2011

JA zur Gesetzesinitiative „Schluss mit den Steuervorteilen für ausländische Millionärinnen und Millionäre (Abschaffung der Pauschalsteuer)“

Die Pauschalbesteuerung verletzt die Rechtsgleichheit

Über 260'000 St.Galler Steuerpflichtige deklarieren jährlich ihre Einkommen und Vermögen. Mit einigen wenigen ausländischen Staatsangehörigen, die in der Schweiz kein Einkommen erzielen, verhandelt die Steuerverwaltung über die gewünschte Höhe ihrer Abgaben. Das ist nicht gerecht. Die Zürcher Stimmbürger und Stimmbürgerinnen haben namentlich aus diesem Grund die Pauschalbesteuerung im Februar 2009 abgeschafft. Im Kanton Thurgau wurde die Initiative im Mai dieses Jahres knapp verworfen.

Die Pauschalbesteuerung verletzt unsere Verfassung

Gemäss Verfassung sollten Steuern aufgrund der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erhoben werden. Der Pauschalbesteuerte hingegen gibt lediglich den Lebensaufwand an, wie zum Beispiel den Eigenmietwert seiner Liegenschaft. Aufgrund dieser Deklaration „berechnet“ die Steuerverwaltung die Höhe der Steuer – bislang etwa den fünffachen Eigenmietwert.

Die Pauschalbesteuerung legalisiert Steuerhinterziehung

Die Pauschalbesteuerung ermöglicht und legalisiert die Nicht-Deklaration von Vermögen. Damit fördert die Pauschalbesteuerung die Steuerhinterziehung im Herkunftsland der pauschalbesteuerten Ausländer.

Die Pauschalbesteuerung benachteiligt Schweizer Bürgerinnen und Bürger

Die Möglichkeit, dauernd pauschalbesteuert zu werden, steht nur Ausländerinnen und Ausländern zu. Pauschalbesteuerte Ausländer bezahlen bedeutend weniger Steuern als ihre Schweizer Nachbarn, auch wenn sie x-mal reicher sind. Die Pauschalbesteuerung diskriminiert auf krasse Weise die Schweizer Steuerzahler.

Die Erträge aus der Pauschalbesteuerung sind gering

78 Pauschalbesteuerte im Kanton St.Gallen bezahlen lediglich rund 5.5 Millionen Franken Staats- und Gemeindesteuern – also pro Kopf rund 70'000 Franken (2008). Vergleicht man den Ertrag aus der Pauschalsteuer mit dem Gesamtsteuerertrag, tragen die privilegierten Pauschalbesteuerten lediglich 0,2% zum Gesamtertrag bei. Die Pauschalsteuer ist also unbedeutend.

Zürich beweist es: Der Wegzug einiger Pauschalbesteuerten ist für die Gemeinden ein Gewinn

Im Kanton Zürich, wo die Pauschalsteuer abgeschafft wurde, hatten sich die Pauschalbesteuerten bis Ende 2010 den neuen Gegebenheiten anzupassen. Was ist geschehen? An der "Goldküste" zog rund die Hälfte weg, in der Stadt Zürich ein Viertel. Die Gemeindeschreiber sagen übereinstimmend, dass der Wegzug der Pauschalbesteuerten für die betroffenen Gemeinden ein Gewinn sei, rücken doch in die hochpreisigen Liegenschaften andere Besitzer nach, die dann regulär und damit in der Regel höher besteuert werden.

Die Pauschalbesteuerung fördert indirekt die Zersiedlung der Landschaft und treibt die Immobilienpreise in die Höhe

Pauschalbesteuerte – Reiche und Superreiche – beanspruchen beste Wohnlagen, „Filetstücke“ unserer Landschaft. Damit trägt die Pauschalsteuer zur Zersiedlung unserer Landschaft bei und treibt die Immobilienpreise – und damit die Mieten – in die Höhe. Wohin die Reise führt, zeigt uns Zug. Im Steuerparadies für Reiche wird das Wohnen für „normale“ Zuger Familien unerschwinglich. Zug und Schwyz beabsichtigen neuerdings, Sonderzonen festzulegen, wo die Mietpreise eine gewisse Grenze nicht überschreiten dürfen!

Der Gegenvorschlag ändert nichts an der ungleichen Behandlung

Der Gegenvorschlag, welcher die Regierung der Initiative gegenüberstellt, will, dass der Kanton sich weiterhin am unsinnigen Wettbewerb um die reichen und superreichen ausländischen Steuerpflichtigen beteiligt. Jedoch: Auch nach deren Erhöhung der Steuer auf das Siebenfache des Mietzinses oder des Eigenmietwertes bleibt die Pauschalbesteuerung ungerecht. Sie verletzt weiterhin die Rechtsgleichheit.

Mit der Annahme der Initiative

- wird eine stossende Ungerechtigkeit beseitigt,
- schaffen wir Privilegien für Steuernomaden ab,
- fällt die Inländerdiskriminierung weg,
- werden die Forderungen der Verfassung umgesetzt,
- werden negative Auswirkungen für die Immobilienpreise verhindert.

Die Zeit ist reif für die Abschaffung dieses schädlichen und ungerechten Vorteils für reiche Ausländerinnen und Ausländer.